

## Monatsmeldung

### zum Stand der Eingaben im Zeitraum vom 01.07.- 31.07.1990

1. Anzahl der Eingaben: 3265 Eingaben (Vormonat: 4406)

2. Schwerpunkte: ~~Eingaben~~

#### 2.1. Währungsumstellung

Im Zusammenhang mit der Realisierung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion erreichen uns nach wie vor eine Vielzahl von Eingaben und telefonische Anfragen von Bürgern. Diese beinhalten die Umstellung der Alt-Guthaben, Hypotheken, Sperrkonten u.ä.

Erben erbitten Auskünfte über Kontonummern und Kreditinstitute. Umfangreich sind Anträge auf Sondergenehmigungen zum Umtausch von Mark der DDR, die erst nachträglich (nach Einzahlungsschluß) gefunden wurden. Das betrifft zum Teil hohe Beträge und insbesondere Geld von älteren Bürgern. Anträge auf eine nachträgliche 1 : 1-Umstellung werden von Bürgern gestellt, die ihre Kontonummern nicht ordnungsgemäß aufgeführt haben und demzufolge der Umtausch 1 : 1 nicht vorgenommen wurde. BRD-Bürger und im Ausland lebende Personen kritisieren den Umtauschkurs 3 : 1 und stellen Forderungen, auch ihre Konten 2 : 1 umgestellt zu bekommen.

Nach wie vor gehen Beschwerden ein zur Lohnzahlung in den Monaten Juni und Juli. Anfragen gehen von Rentnern ein, warum in der Grundrente Zuschläge, wie Witwenrente, Pflegegeld, Treuerente mit verrechnet werden und nicht zusätzlich gezahlt werden. Diese Handhabung wird als ungerecht angesehen. Kritiken gibt es zum Reisekostenrecht, welches den heutigen Anforderungen nicht entspricht. Einheitliche Regelungen werden dringend erwartet.

Verbrieftes Anrecht auf Anteile am Volkseigentum wird für die Abwertung der Sparguthaben 2 : 1 durch den Umtauschkurs von den Bürgern erwartet. Viele Eingaben, die uns durch den Ministerrat der DDR übergeben wurden, betreffen Unterhaltszahlungen, Anfragen zum Umtauschkurs, Bitten um Ausnahmeregelungen für den Umtausch 1 : 1, Schuldenregelungen, Umtauschanträge von Bürgern, die sich im Ausland aufhalten u.a.

Die Beantwortung dieser Probleme ist erschwerend, da diese Eingaben 6 - 8 Wochen alt sind und vor der Währungsunion gestellt wurden.



## 2.2. Preispolitik

Da die Bürger davon ausgehen, daß das Ministerium der Finanzen für die Preispolitik verantwortlich ist, sind prinzipielle Kritiken an den Preisen zum Hauptinhalt geworden. Sie verknüpfen diese Kritik oft mit ihren niedrigen Einkommen und anderen sozialen Fragen.

Die Eingaben und telefonischen Anfragen beziehen sich unter anderem auf die drastische Steigerung der Preise im Handel. Insbesondere sind es Alleinstehende und Familien mit mehreren Kindern sowie Rentner und beschädigte Bürger, die Beschwerde führen. Sehr stark kritisiert wird die Erhöhung der Telefongebühren auf 300 %. Dies wird als ungerechtfertigt empfunden, da faßt alle Bürger Doppelschlüsse haben. Kritik gibt es auch zur Erhöhung des Verpflegungsgeldes in Kindergärten und -krippen.

In einem beträchtlichen Teil der Eingaben wird die Erstattung der Umbewertungsdifferenzen aus Preissenkungen vor dem 1. Juli 1990 und aus der Währungsumstellung gefordert.

Ein weiterer Schwerpunkt sind Kreditkäufe bei Erzeugnissen, deren Verbraucherpreise zwischenzeitlich wesentlich gesenkt wurden.

Eine Vielzahl von Eingaben betrifft weiterhin

- den Verkauf volkseigener Grundstücke (Gebäude sowie Grund und Boden)
- Mietpreise für Gewerberäume
- Subventionen für private Miethausbesitzer im Zusammenhang mit der Freigabe der Preise.

Dabei führen die Bürger Beschwerde insbesondere gegen lange Wartezeiten bei der Wertermittlung für Grundstücke und gegen die zwischenzeitlich eingetretene Bewertung zum Widerbeschaffungspreis. Ihnen wurden die gesetzlichen Grundlagen und die Gründe für die veränderte Form der Bewertung erläutert.

Bei den Eingaben zu Mietpreisen für Gewerberäume handelt es sich in der Mehrzahl um Proteste gegen die mit der fehlerhaften Veröffentlichung der Zeitung "Der Morgen" genannten Richtwerte.

Den Handwerkern und Gewerbetreibenden wurde eine Richtstellung mitgeteilt. Zum Teil protestieren Vermieter gegen die niedrigen Gewerberaumieten, die nicht die Kosten decken. Sehr massiert werden Eingaben privater Miethausbesitzer und deren Landesverbände vorgetragen. Die berechtigten Forderungen ergeben sich aus der Preisfreigabe und der Beibehaltung der Mieten. Diesen Eingaben können keine sachlichen Gründe entgegengehalten werden. Sie verdeutlichen die Notwendigkeit, kurzfristig eine Regelung herauszugeben.



Der Ton der Eingaben ist in den letzten Wochen zunehmend aggressiver geworden. Die Hauptaussage lautet oft:

Versprochen wurde, daß es keinem schlechter gehen soll, doch wie ist die Wirklichkeit?

### **2.3. Forderungen auf Stipendienerhöhung**

Studenten fordern zur Sicherung des Existenzminimums eine sofortige Erhöhung ihres Stipendiums auf insgesamt 500,-- DM .

### **2.4. Steuerprobleme**

Vielfältige Anfragen gibt es zur Lohnsteuerpolitik. Auskünfte werden erbeten über die Tätigkeit und Qualifizierungsmöglichkeiten als Steuerberater. Pädagogen kritisieren den Wegfall der Steuerermäßigung und fordern eine Ausgleichszahlung.

Weitere Schwerpunkte waren:

- Forderungen nach genereller Einführung des BRD-Lohnsteuerrechtes bereits ab 01.07.1990
- Steuervergünstigungen für Behinderte u.a. Steuerermäßigungen
- Anträge auf Schadenersatz, Entschädigung, Zinszahlung durch ehemalige Betriebe mit staatlicher Beteiligung
- Anträge auf Auszahlung von Anteilen des unteilbaren Fonds bei PGH-Mitgliedern und Verzicht auf deren Besteuerung.

### **2.5. Genehmigungsgebühren und Einziehungen sowie Strafverfügungen**

Hauptinhalt der Rechtsmittel und Eingaben ist die Erhebung von Gebühren für eingeführte Kfz. Ihr Erlaß wird mit der kurzfristig erfolgten Änderung der gesetzlichen Bestimmungen mit Wirkung vom 01.07.1990, insbesondere unter Hinweis auf die finanzielle oder soziale Lage gefordert. Bürger, denen nach bereits erfolgter Einfuhr des Kfz. für private Zwecke eine Gewerbeerlaubnis erteilt wurde, erwarten den nachträglichen Erlaß der Gebühren.



Die Eingaben zu Einziehungen und Strafverfügungen betreffen in der Mehrzahl Entscheidungen, die bis 1953 zurückliegen. Hauptinhalt sind Hinweise auf veränderte politische Bedingungen in der DDR und darauf, daß die zu dieser Zeit bestehenden Gesetze unrechtmäßig waren. Daraus werden Ersatzforderungen abgeleitet.

## 2.6. Treuhänderische Verwaltung

Eine hohe Anzahl der Eingaben betreffen folgende Probleme:

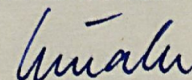
- Rückforderungen von Vermögenswerten, die auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 - 1949) enteignet wurden.
- Rückforderung von Vermögenswerten, die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen in staatliche Treuhandschaft bzw. in Volkseigentum überführt wurden.  
Diese Eingaben beinhalten immer einen vermögensrechtlichen Anspruch auf ehemalige Vermögenswerte. Der größte Teil der Eingaben kommt von Bürgern bzw. von Erben, die die DDR ohne Genehmigung verlassen haben.
- Rückforderung und Schadenersatzforderungen der 1972 in Volkseigentum überführten Betriebe.
- Verstärkten Kauf von Grund und Boden bzw. von Ein- und Zweifamilienhäusern durch Bürger, VKSK und durch Siedlergemeinschaften.
- Forderungen nach eindeutigen gesetzlichen Regelungen, die künftig das persönlich langjährig genutzte Eigentum nach der Wiedervereinigung sichern.

## 2.7. Lastenausgleichsforderungen

Der Eingabenstelle gingen insgesamt 256 Eingaben und Anfragen zur Problematik der Zahlung von Entschädigungen zu (Lastenausgleich).

Diese unterteilen sich in folgende Kategorien mit Forderungen, Anträgen und Anfragen:

- Lastenausgleich für Vermögenswerte (ehemaliger Grundbesitz) in den ehemaligen deutschen Ostgebieten,
- Lastenausgleich bzw. Entschädigung für zerstörte bzw. verlassene Vermögenswerte auf Grund von Kriegseinwirkungen,
- Forderungen von Entschädigungen bzw. Rückgabe von Grund und Boden aus Enteignungen,
- Forderungen auf Wiedergutmachung bzw. Rehabilitierung an Personen, die Opfer des Stalinismus wurden.



Kunath  
Unterabteilungsleiter